

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren. Wir haben heute auch im nicht öffentlichen Teil ein Stück, das aus dringlichen und terminlichen Gründen vorgezogen werden muss, bis 15 Uhr müssen wir das abhandeln. Ich möchte nur ankündigen, dass wir nach der Fragestunde dann dieses Stück vorziehen und ersuche dann alle Damen und Herren auf der ZuhörerInnengalerie, ein paar Minuten den Saal zu verlassen, damit die Vertraulichkeit hier gewahrt bleiben kann. Ich werde das aber noch gesondert ankündigen.

3 Fragestunde

Bürgermeister Mag. Nagl:

Meine geschätzten Damen und Herren, wir kommen nun zur Fragestunde. Es ist auf unserer Rathaus-Uhr nun 12:25 Uhr. Und ich darf gleich Frau Pavlovec-Meixner bitten, ihre Frage an mich zu stellen und übergebe den Vorsitz ordnungsgemäß dem Herrn Vizebürgermeister.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (12.25 Uhr)

3.1 Frage 1: Mischwasserentlastungen aus dem Grazbach (GRⁱⁿ Mag.^a Andrea Pavlovec-Meixner, Grüne an Bürgermeister Mag. Nagl)

GR.ⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner:

Ich danke vielmals. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie, sehr geehrter Herr Bürgermeister. In meiner Frage geht es um Mischwasserentlastungen aus dem Grazbach. Der Grazbach entsteht ja aus mehreren Bächen, nämlich aus dem Kroisbach und Leonhardbach und mündet am oberen Ende des Augartens in die Mur. Im Grazbach laufen parallel zum Bach an den Rändern Profile mit offenen

Abwasserkanälen in Betonrinnen. Es ist so, wie wir hinlänglich wissen, und einige Kolleginnen und Kollegen von uns haben das ja schon gesehen, dass bei Starkregenereignissen Entlastungen in die Mur erfolgen. Dieses Video wurde uns ja auch in Ausschüssen gezeigt. Vor allen Dingen auch im Zusammenhang mit der Begründung der Notwendigkeit des zentralen Speicherkanals. Es gibt da offensichtlich in diese Bäche, die in den Grazbach münden, im Bereich Sparbersbachgasse und Mandellstraße, mehrere Mischwasserentlastungen und diese müssten eigentlich in das Gesamtkonzept des zentralen Speicherkanals einbezogen worden sein bzw. erfolgt eine Verbesserung nach dem Regelband 19 ÖAW nämlich nur dadurch, indem die angeführten Mindestmengen für das gesamte Einzugsgebiet der Kläranlage weitergeleitet und einer befriedigenden Klärung zugeführt werden. Das heißt, was ich damit meine ist, dass dieser Abwasserkanal schon längst verrohrt hätte werden müssen und gezielte Entlastungen hätten erfolgen müssen. Wir erinnern uns auch, bei der Sondergemeinderatssitzung im März in der Berichterstattung hat es dann geheißen, das ist das am schlimmsten verschmutzte Gewässer in Graz. Laut dem Bericht in der Kleinen Zeitung haben auch Sie, wie Sie uns diese beiden Gläser vom Wasser gezeigt haben, mit verschmutztem und sauberem Wasser, eben vom Grazbach gesprochen. Der zentrale Speicherkanal wird ja seitens maßgeblicher VertreterInnen der Stadt, auch von Ihnen, als größtes Umweltprojekt dargestellt. Jetzt hat es aber den Anschein, nachdem der Grazbach nicht einbezogen wird in den zentralen Speicherkanal, dass eines der gravierendsten Probleme der Grazer Abwasserbewirtschaftung nicht in Angriff genommen wurde und daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende Frage:
Wie hoch ist der Anteil an Mischwasserentlastungen aus dem Grazer Kanalnetz, die über den Grazbach inklusive all seiner Zubringerbäche in die Mur gelangen?

Originaltext der Frage an Bürgermeister Mag. Nagl:

Wie hoch ist der Anteil an Mischwasserentlastungen aus dem Grazer Kanalnetz, die über den Grazbach inklusive aller seiner Zubringerbäche in die Mur gelangen?

Bürgermeister Mag. **Nagl**:

Danke, Frau Gemeinderätin, es gelingt Ihnen immer wieder, mich zu überraschen.

Nachdem die Grüne Fraktion jetzt so heftig gegen dieses Umweltprojekt war, machen Sie sich um den relativ kleinen Anteil, der hier kommt, auf einmal große Sorgen. Aber Sie fragen mich genau, wie groß sind die Mengen, die hier sind und durch die bestehenden Überläufe im unmittelbaren Bereich des Grazbaches, sowie die Überläufe entlang der vorgelagerten Bäche, das sind Stiftingbach, Ragnitzbach, Leonhardbach und Kroisbach, werden insgesamt rund 5 % der Entlastungsmengen aus dem Grazer Kanal über den Grazbach in die Mur abgeleitet. Sozusagen indirekte Kanalentlastung in die Mur. Dem stehen die Entlastungsmengen entlang der Mur von rund 94 %, das sind die sogenannten direkten Kanalentlastungen in die Mur, sowie an anderen Grazer Bächen im Ausmaß von nur 1 % gegenüber. Es stimmt schon, wenn ich die Bäche betrachte, dann kommen über diese Bäche zumindest 4 % zustande, ist aber noch, was das Gesamtausmaß angeht, ein relativ kleiner Prozentsatz.

Aufgrund der Wasserführung sind im Bereich der Mur entsprechend den Richtlinien emissionsbasierende Vorgaben, Mengenbeschränkungen relevant. Im Bereich der Grazer Bäche sind vornehmlich emissionsbasierte Betrachtungen notwendig, daraus folgt, dass die Entlastungen an den Bächen, insbesondere in der Anzahl, auf ein Mindestmaß zu beschränken sind. Dafür werden aufgrund der Längserstreckung des Betrachtungsgebietes vornehmlich dezentrale Rückhaltmaßnahmen umgesetzt.

Einige davon wurden schon realisiert. Z.B. die Retention beim Hilmteich, beim Riesplatz, beim Leonhardplatz und in der Sonnenstraße. Weitere sind derzeit noch in Planung und sollen mittel- bis langfristig auch umgesetzt werden. Für die beiden Mischwasserkanäle entlang des Grazbaches sind jeweils bereits Anschlüsse an den zentralen Speicherkanal vorgesehen. Diese werden jedoch erst in einer weiteren Ausbauphase umgesetzt. Mit dieser Umsetzung fällt sodann die bereits erwähnte indirekte Kanalentlastung über den Grazbach in die Mur auch weg. Das heißt, wir haben das bei diesem Projekt auch berücksichtigt.

Pavlovec-Meixner:

Danke für diese sehr umfassende Antwort, die viele Menschen, die sich Sorgen gemacht haben, weil der Grazbach nicht einbezogen war, sicher sehr positiv sehen werden. Ich würde gerne noch wissen, wann dieser Anschluss umgesetzt wird.

Nagl:

Ein wenig Zeit haben wir noch. Sie sehen jetzt gerade die Arbeiten, was den Sammelentlastungskanal anbelangt. Nachdem das quasi die Grundvoraussetzung ist, werden wir schauen, dass das möglichst bald in Umsetzung gelangen wird. Einen genauen Termin kann ich Ihnen heute noch keinen nennen. Aber ein wenig Zeit haben wir, weil es funktioniert ja eh erst mit dem Sammelentlastungskanal.

**3.2 Frage 2: Personalstand Grazer Berufsfeuerwehr
(GR. Michael Ehmman, SPÖ an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, ÖVP)**

Ehmman:

Herr Bürgermeister, geschätzte KollegInnen aus der Stadtregierungsbank, geschätzte KollegInnen im Gemeinderat, meine Damen und Herren auf der Galerie. Graz, das ist ja kein Geheimnis, dass Graz massiv wächst und du dich, lieber Herr Bürgermeister, auch darüber freust, wir auch natürlich. Wir reden hier von einer Zahl von 3000 bis 5000 Bewohner pro Jahr. Das sind in den vergangenen 10 Jahren gerundet 250.000 auf 290.000 Hauptwohnsitze, bzw. gut 30.000 Menschen mit Nebenwohnsitzen. Damit wächst natürlich auch das Aufgabenpotential nicht nur im Dienstleistungssektor der Stadt, sondern auch im Sicherheitssektor der Stadt. Je mehr Bevölkerung, desto höher die Anforderung, so die Formel. Beispiel hier die Grazer Berufsfeuerwehr, die ein gutes Beispiel ist. Es hat ja vor kurzem eine gute Zusammenfassung der Leistungen gegeben, die wir hier deutlich hervorheben wollen

und gratulieren wollen und froh sind, dass diese Leistungen in dieser Form hier erbracht werden. Als eine international geltende Richtzahl ist es so, dass auf 1000 BewohnerInnen ein Mitarbeiter des Branddienstes in etwa kommen sollte, um auch allfällige Großschadenslagen bewältigen zu können. Unterstützende Hilfskräfte, sei es technischer Hilfsdienst oder Ähnliches, nicht mitgerechnet. Wien trägt dem auch Rechnung hat 1.700 Mitarbeiter im Feuerwehrbereich. Wie gesagt, in den vergangenen 10 Jahren ist Graz deutlich gewachsen.

Daher die Frage:

Wie hat sich der Personalstand bei der Grazer Berufsfeuerwehr, und da eben konkret im Branddienst, in den vergangenen 10 Jahren entwickelt?

Originaltext der Frage an Bürgermeister Mag. Nagl:

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich folgende

Frage:

Wie hat sich der Personalstand bei der Grazer Berufsfeuerwehr – und da konkret im Bereich Branddienst – in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?

Bürgermeister Mag. **Nagl:**

Geschätzter Herr Klubobmann. Die Ziffern werde ich gleich nachliefern. Ich möchte mich auch beim Herrn Dr. Baumgartner, beim Heimo Krajnz und der gesamten Mannschaft bedanken für die hervorragende Arbeit. Leider Gottes sind ja unsere Einsatzkräfte am gestrigen Tag bei einem Brand leider zu spät gekommen. Trotzdem war es eine großartige Statistik, die sie auch heuer wieder als Feuerwehr vorgelegt haben. Die Mannschaft in den letzten 10 Jahren hat sich wie folgt entwickelt:

Im Jahr 2009 hatten wir 208 Personen als Mannschaft einschließlich der Offiziere. Die sind damals ausgerückt bei 7337 Einsätzen. Im Jahr 2010 waren es 205 Mitarbeiter, die sind ausgerückt bei 5905 Einsätzen. 2011 haben wir erhöht auf 211 Mann, die hatten da noch 5929 Einsätze. 2012 waren es auch noch 211 Personen mit 5647 Einsätzen. 2013 haben wir wieder erhöht auf 217 Personen, hier waren sie dann 5902 mal im Einsatz. 2014 waren es 228 Mann, wieder erhöht, auf 5506 Einsätzen, das ist im Jahr 2015 auf 5367, auch die Mannschaft hat damals einen geringeren Stand gehabt, waren nur noch 225 Personen. 2016 waren es 222 Personen, da fallen dann die Einsätze auf 4777 zurück und im Jahr 2017 haben wir wieder mit 225 Personen arbeiten können und die hatten 5312 Einsätze. Warum habe ich die Einsätze dazugesagt? Weil es ganz wichtig ist zu wissen, dass es uns Gott sei Dank auch durch viele Maßnahmen, die wir im Vorfeld getroffen haben, präventiv getroffen haben, Gott sei Dank zu viel weniger Einsätzen gekommen ist und wir zusätzlich auch etwas aufgebaut haben, worauf wir wirklich stolz sein dürfen: Wir haben ja neben der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Graz vor allem die Betriebsfeuerwehren, die wir noch einmal ausweiten werden und wir auch in den Gesprächen mit den Universitäten sind zum Thema Universitätsfeuerwehren, sodass man sagen kann, dass eigentlich nicht nur unsere 225 Personen zum Schutz der Bevölkerung da sind, sondern dass wir weit über 1000 Personen haben, die wahrscheinlich auch viele Einsätze gemacht haben, die unsere Berufsfeuerwehr nicht mehr machen musste, weil es gleich vor Ort erledigt werden konnte. Für das Jahr 2018, also für das heurige Jahr, haben wir vor, die Mannschaft auf 229 Mann wieder aufzustocken.

Ehmann:

Die Zusatzfrage geht in eine Richtung, es war ja natürlich eine begründete Anfrage, denn ich habe einfach ein wenig Sorge in der Entwicklung des Mannschaftsstandes in der Einsatzstärke. Weil, soweit mir bekannt ist, wurde die tägliche Einsatzstärke von 60 auf 56 Mann reduziert und so kommt es bei

Krankenständen und Pflegefreistellungen etc. zu Problemen, dass Fahrzeuge außer Dienst gestellt werden müssen. Wenn wir jetzt eine größere oder zwei Großschäden, wenn man das so in der Fachsprache formulieren will, in Graz haben, dann kommt es tatsächlich zu Problemen in der Abarbeitung oder in der Hilfestellung. Das macht mir ein bisschen Sorge und zusätzlich wird die Mannschaft von der Zentralwache auf die Nebenwache aufgeteilt und das stellt schon für die Kollegen eine zusätzliche Belastung dar und da frage ich mich schon, ob die Sicherheit grazweit aus diesem Aspekt heraus, lieber Herr Bürgermeister, gleichwertig gewährleistet ist.

Nagl:

Bislang haben wir uns an der Hüsler-Studie orientiert. Wir haben einiges umgestellt. Ich glaube, es ist dadurch auch um einiges effizienter geworden. Natürlich auch in der Umstellung für die Mannschaft nicht ganz so einfach. Mir wurden bislang nicht gemeldet, dass wir dadurch ein Sicherheitsproblem in der Stadt hätten. Wenn du mir das konkret sagst, kann ich der Geschichte auch gerne nachgehen und wir versuchen, so wie die Hüsler-Studie, die Walter Ferk damals als Zuständiger begonnen hat, was eine Evaluierung und eine Fortsetzung gegeben hat, nach dieser es wieder aufzusetzen. Vor allem über das Gesamtnetzwerk zu kooperieren. Wenn hier aus deiner Sicht oder aus der Sicht der Mannschaft Probleme sind, bitte ich, dass man sich an mich wendet. Ich werde dem gerne nachgehen. Mir wurde das bislang noch nicht berichtet, dass wir im Einsatz ein Problem gehabt hätten.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (12.40 Uhr).

**3.3 Frage 3: Öffi-Ticket mit Handy-App
(GR. Niko Swatek BSc, Neos an StRⁱⁿ Elke Kahr, KPÖ)**

Swatek:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Zuschauertribüne, sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr. Meine Frage betrifft heute den öffentlichen Verkehr und vor allem den Erwerb von öffentlichen Verkehrstickets über mobile Handy-Apps. Digitale Tickets per App erleichtern es Nutzern, den öffentlichen Verkehr hürdenlos und bargeldlos zu nutzen und das regt natürlich dazu an, den Verkehr attraktiver zu gestalten für alle Grazerinnen und Grazer. In Graz ist es derzeit nur möglich, die Tickets für die Holding Linien Graz über den Onlineshop der Holding zu kaufen. Das heißt, man muss auf die Homepage gehen, dann erwirbt man sich das Ticket und dieses Ticket, das man sich online erworben hat, kann man sich dann auf eine Handy App übertragen. Aber man muss das Ticket online kaufen auf der Homepage. Es ist aber international, aber auch schon in Österreich, gang und gäbe, dass man Tickets, vor allem Studententickets, direkt in einer Handy-App kaufen kann. Das heißt In-App-Käufe. In Graz ist das noch nicht der Fall, obwohl der Anbieter für die eine App, die wir derzeit schon benutzen, das auch anbieten würde, dass man In-App-Käufe machen könnte. Daher stelle ich Ihnen die Frage, warum ist es für Grazerinnen und Grazer noch nicht möglich, Tickets für den öffentlichen Verkehr in Graz per App zu erwerben, obwohl die grundsätzliche Infrastruktur dafür schon bestehen würde?

Originaltext der Frage an Stadträtin Kahr:

Sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr, in Graz ist es derzeit möglich, Tickets für die Holding Graz Linien im Online-Shop der Holding zu erwerben und diese auf der "Öffi-Ticket Graz Steiermark" App abzuspeichern. Die Möglichkeit, Tickets über die App zu erwerben, besteht jedoch nicht, obwohl die App von "eos.uptrade GmbH" entwickelt wurde, einem Anbieter, der diesen Service für eine Vielzahl von Verkehrsunternehmen

anbietet und auch den Erwerb von Tickets über die App anbieten würde (siehe z.B. Linz).

Digitale Tickets per App erleichtern es Nutzern des öffentlichen Verkehrs, hürden- und bargeldlos an ihr Ticket zu kommen und attraktivieren so den öffentlichen Verkehr zusätzlich. Weltweit vertreiben Verkehrsbetriebe ihre Tickets bereits per App. Sieht man sich in Österreich um, so ist dies auch hier bereits gang und gäbe. Nur Graz scheint dieser Entwicklung zu meiner Verwunderung etwas hinterherzuhinken.

Daher richte ich im Namen aller interessierten Grazerinnen und Grazer an Sie folgende Frage: Warum ist es für Grazerinnen und Grazer noch nicht möglich, Tickets für den öffentlichen Verkehr in Graz per App zu erwerben, obwohl die grundsätzliche Infrastruktur dafür schon bestehen würde?

StR.ⁱⁿ **Kahr:**

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Herr Gemeinderat. Danke für die Anfrage. Die Fragestellung ist vollkommen richtig. Es ist notwendig, da führt kein Weg daran vorbei und es freut mich auch, und da möchte ich auch der Holding Graz Linien danken, eine solche App ist in Vorbereitung und die Einführung ist Ende des ersten Quartals auch möglich. Sie wird im ersten Schritt alle Tickets von der Monatskarte, Stundenkarte, die Drei-Tages-Tourismuskarte, Wochen- und Monatstickets für die Zone 101 betreffen und bis zum Herbstbeginn werden auch alle Verbundtickets und auch die Jahreskarten steiermarkweit in dieser digitalen Form angeboten werden können.

Bgm. **Nagl:**

Herr Gemeinderat, gibt es noch eine Zusatzfrage oder nur Freudestrahlen?

Swatek:

Ich freue mich über die Beantwortung und freu mich, dass die Stadt Graz hier auch endlich nachzieht.

**3.4 Frage 4: Bessere Luft in Graz
(GR. DI. Georg Topf, ÖVP an StR.ⁱⁿ Tina Wirnsberger, Grüne)**

GR. DI. Topf:

Sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Tina. Wir haben vor geraumer Zeit, als freundschaftlich verbundene User über Facebook, wenn ich das einmal vorweg ansprechen darf, ein Posting von dir erhalten. Viele von Ihnen, von euch, mit folgendem Inhalt: „Die Hauptursache für die schlechte Luft bleibt aber der Autoverkehr“, ich zitiere wortwörtlich, „und da wirft die schwarz-blaue Stadtregierung uns zurück in die Steinzeit. Es ist sowohl dem Bürgermeister als auch den zuständigen StadträtInnen gleichgültig, wenn die Menschen dreckige Luft atmen, das muss sich endlich ändern.“ Tina Wirnsberger, das wurde von dir gepostet. Jetzt könnte man fragen, warum so ein einfacher Gemeinderat wie ich heute diese Frage stellt, da Sie ja vor allem die Stadtregierung angesprochen haben. Es ist so, dass ich, und ich sage das ganz subjektiv, seit 2003 mit geringen Unterbrechungen sowohl im Verkehrsausschuss als auch insbesondere im Umweltausschuss tätig sein darf und wir dort sehr intensiv mit den verschiedenen Damen und Herren, die hier für diese Ressorts zuständig sind, auch insbesondere über Maßnahmen im Verkehr, also Umweltmaßnahmen, die die Verkehrspolitik und die Verkehrstechnik und alles, was damit zusammenhängt, betrifft, durchaus diskutiert haben und schon das achte, neunte Paket beschlossen haben. Immer mit dem Hinblick, dass wir auch die entsprechenden Anträge, Fragen, Wünsche an die übergeordneten Gebietskörperschaften richten. Das ist die Vorgangsweise, die mir doch konsensual auch vorgekommen ist und viele dieser Beschlüsse, insbesondere auch im

Umweltausschuss mit Fokus auf den Verkehr, haben wir doch fast ausschließlich einstimmig beschlossen. Ich darf daher die Frage an dich stellen, wann bist du bereit, deiner diesbezüglichen prioritären Ressortverantwortung für eine bessere Luft in Graz nachzukommen?

Originaltext der Frage an Stadträtin Wirnsberger:

Sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Tina!

Du hast in einem Facebook-Posting festgehalten, dass es unserem Bürgermeister sowie Bürgermeisterstellvertreter sowie den VP- und FP-Stadträten völlig gleichgültig sei, dass die Menschen in Graz dreckige Luft atmeten.

Laut Ressortverteilung, die in der konstituierenden GR-Sitzung vom 4. u. 5. April 2017 beschlossen wurde, befindet sich das Umweltamt in deiner Verantwortung.

Daher stelle an dich, sehr geehrte Frau Umweltstadträtin, die

FRAGE:

„Wann bist du bereit, deiner diesbezüglich prioritären Ressortverantwortung für eine bessere Grazer Luft nachzukommen?“

StR.ⁱⁿ **Wirnsberger:**

Geschätzter Herr Gemeinderat, werte Kolleginnen und Kollegen. Offenbar habe ich mit diesem Facebook-Posting, es freut mich auch, dass ihr dort aufmerksam mitlest, einen wunden Punkt bei euch getroffen und ich denke, das ist auch gut so. Denn ich kann guten Gewissens sagen, es tut sich einfach viel zuwenig und es fehlt die gemeinsame Verantwortung für dieses Thema in dieser Stadt. Wenn man sich ansieht, welche Politik im letzten Dreiviertel-Jahr und in der Vergangenheit hier in dieser Stadt gemacht wurde, mit welchen Projektvorschlägen insbesondere die schwarz-blaue Koalition hier hereingegangen ist, dann lässt es gar keine andere

Schlussfolgerung zu, als dass die Gesundheit euch hier gleichgültig ist. Feinstaub zählt zu den größten Gesundheitsbelastungen, der die Menschen in dieser Stadt ausgesetzt sind und es war in dieser Saison wieder besonders sichtbar. Die Lebenszeit, und das wissen wir aus mehreren Studien, wird verkürzt durch diese Belastung in unserer Atemluft um 11 bis 17 Monate. Er verursacht Atemwegserkrankungen, er erhöht das Risiko für Herzinfarkte und für Schlaganfälle und insbesondere sind die Schwächsten von der gesundheitlichen Konstitution her, nämlich Kinder und ältere Menschen, betroffen. In meiner Ressortzuständigkeit ist hier vieles gelungen, auch im letzten Jahr. Insgesamt haben wir, seit wir uns dem Thema besonders widmen, im Fernwärmebereich über 25.000 Wohneinheiten angeschlossen. Im letzten Jahr waren es 3000, davon 820 durch die Umweltförderung, die wir haben beim Fernwärmeanschluss. Wir haben im letzten Jahr den Zwischenbericht dieser Arbeitsgruppe Fernwärme präsentiert, wo man auch sieht, es tut sich sehr vieles im Bereich der Ökologisierung. Wir haben den Fernwärme-Ausbauplan gemeinsam beschlossen. Umweltförderungen usw., da sparen wir 40 Tonnen Feinstaub im Jahr. Den Weg sind wir gemeinsam gegangen. Aber es ist doch völlig klar, es geht nicht ohne, dass wir beim Verkehr etwas tun und da haben wir eine Verantwortung miteinander und da erlebe ich es nicht anders als dass die ÖVP immer wieder zurücktritt und nur kurz aus der Deckung herauskommt. Wenn dann aber tatsächlich der politische Mut und der politische Wille gefragt ist, dann kommt man wieder mit neuen Vorschlägen, dann wird wieder verschleppt und so fort. Wir werden heute hier im Gemeinderat die Gelegenheit haben, hier gemeinsam Verantwortung zu übernehmen bei dem Antrag, den meine Kollegin im Namen der Grünen Fraktion stellt, und es wird im März diese Ergebnisse der Untersuchung geben für die Maßnahmen, für die verkehrsreduzierenden Maßnahmen, die es zu einer dringenden Luftverbesserung braucht und auch dann erwarte ich mir, dass wir alle miteinander Verantwortung übernehmen.

Topf:

Frau Stadträtin, das was du aufgezählt hast, das ist ja tatsächlich auch immer wieder diskutiert worden in den entsprechenden Ausschüssen. Mir geht es aber darum, dass du als Umweltstadträtin sozusagen auch in den Umweltausschuss diese Maßnahmen einbringst, die den Autoverkehr direkt betreffen. Dass einige Projekte sozusagen dir im Hinblick auf Umweltbelastung allenfalls nicht gefallen, das ist ja klar, aber es geht darum, und das wäre die Zusatzfrage, wann kannst du mit entsprechenden Maßnahmen / Vorschlägen uns im Umweltausschuss, speziell fokussiert auf den Autoverkehr, beschäftigen und welche Maßnahmen schlägst du von deiner Seite aus Gründen der Umweltbelastung vor? Das würde mich für die Ausschussarbeit interessieren und deshalb die Frage, wann können wir damit rechnen?

Wirnsberger:

Wie gesagt, das was wir im Umweltamt machen können, nämlich den Fernwärmebereich, da haben wir ja gemeinsame Beschlüsse gefasst. Was den Autoverkehr angeht, das ist auch eine bekannte Tatsache, haben unter anderem wir urgiert, dass es da endlich Ergebnisse geben soll. Das hat sich eh sehr in die Länge gezogen. Jetzt laufen diese Untersuchungen von der Stadt/Land-Arbeitsgruppe, wo Umwelt und Verkehr mit drinnen sind. Die Ergebnisse wird es voraussichtlich im März geben. Ich hoffe auch, dass es tatsächlich so schnell geht und dass wir dann in eine schnelle Umsetzung kommen werden. Ihr kennt meine Haltung, dass es Maßnahmen braucht. Es wird auch öffentlich diskutiert und da kommen dann auch Zusagen und auch diverse Rückzieher. Wenn wir dann diese Studie da haben, die Vorschläge überprüft und dann auch eine Grundlage bietet, Entscheidungen zu treffen, dann erwarte ich mir aber auch, dann werden wir das dementsprechend besprechen, dann erwarte ich mir aber auch, dass diese Entscheidungen dann aber endlich getroffen werden, damit die Menschen in Graz nicht mehr die schlechteste Luft in ganz Österreich einatmen müssen.

Bgm. Nagl:

Nachdem ich nicht zu den Freunden auf Facebook gehöre, Frau Stadträtin, und eben vernehmen durfte, dass Sie der Öffentlichkeit mitteilen, dass Sie davon ausgehen, dass es dem Herrn Bürgermeister und Teilen der Stadtregierung gleichgültig sei die Gesundheit der Menschen und der Kinder in unserer Stadt, kann ich das erstens nur aufs Schärfste zurückweisen und zweitens möchte ich gerne auch der Grünen Fraktion und Ihnen sagen, wir haben mit euch gemeinsam über 5 Jahre, wo ihr die Verkehrsagenden gehabt habt, auch keine Verbesserung des Modal Splits, wie von euch immer gewünscht und eingefordert und manchmal mit viel zu hohen Zielen dieses Gemeinderats belegt, zustande gebracht. Ich möchte vielleicht auch noch einmal sehr deutlich sagen, weil Sie das erwähnt haben, es würde ja von Seite der ÖVP und damit auch von mir dort oder da einen Rückzieher geben. Ich kann mich nur an einen Rückzieher erinnern. Ich hatte den Mut, die Grazer Bevölkerung, wo 70.000 Menschen geantwortet haben, zu fragen, ob sie sich denn vorstellen könnten, dass künftig Dieselfahrzeuge in Graz verboten gehören, bin ich allein übrig geblieben. Da ist die Grüne Fraktion ziemlich in Deckung gegangen. Da war von euch, wenn ich so sagen darf, nichts mehr zu hören und ich betone das auch heute wieder. Wir werden den Verkehr in dieser Stadt nicht lahmlegen können. Aber wir sollten uns einmal ernsthaft darüber unterhalten, welche Emittenten wir da haben. Wir sollten auch der Jugend, die heute da ist, etwas ganz Wichtiges mitteilen: Fast 14 % unseres gesamten Verkehrsaufkommens in der Stadt Graz geht mittlerweile auf Lieferverkehr zurück. Das hat auch damit zu tun, dass sich momentan jeder einbildet, dass er das, was er für seinen täglichen Bedarf oder als Geschenk oder sonst etwas braucht, über sein Handy bestellen muss. Dadurch ist es so, dass in dem ganzen Stadtgebiet 14 % unseres Verkehrs Lieferverkehr ist. Wir sollten das einmal deutlich machen, auch bei der Bevölkerung, was durch ihr tägliches Handeln wirklich entsteht und was auch Einpendlerproblematik ist, es liegt einiges vor uns. Aber als ÖVP weise ich das strikt zurück, aber auch im Namen anderer Regierungskollegen hier. Wir waren im öffentlichen Verkehr immer dabei bei Radwegen und Fußwegen, aber wenn es um das Bekenntnis geht, wart's ihr, wenn ich so sagen darf, leider damals nicht dabei wie

es darum gegangen ist.

*Zwischenruf GR. **Dreisiebner**: Ich melde mich zur tatsächlichen Berichtigung.*

Bgm. Nagl:

Zur tatsächlichen Berichtigung nur bei Stücken. Ich sage nur, es wurde etwas behauptet, ich habe dem etwas hinzuzufügen gehabt und wir werden hier persönlich öffentlich angegriffen und das gehört auch einmal klar gesagt.

*Zwischenruf GR. **Dreisiebner**: Sie verdrehen die Tatsachen!*

Nagl:

Das war sehr deutlich. Ihr habt damals nicht an meiner Seite etwas ...

Zwischenruf unverständlich.

Nagl:

Ja, aber man hätte dort in den Medien vielleicht auch für eine Idee eintreten können, da war Stillschweigen. Ich kenne euch, wie laut ihr sein könnt, wenn ihr wollt. (*Appl.*)

**3.5 Frage 5: Aktuelle Situation in Graz bei Notstandshilfe mit Aufzählung auf bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS)
(GR. Kurt Luttenberger, KPÖ an StR. Kurt Hohensinner, MBA, ÖVP)**

Luttenberger: Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Gäste auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, lieber Kurt. Mein Beitrag wird eher emotionsloser sein. Ich habe da einfach eine Frage, die da lautet, stichwortartig: Es geht um Notstandshilfe, es geht um Aufzählung und es geht aktuell um bedarfsorientierte Mindestsicherung. Ich kürze es mit BMS ab.

Im Motiventext steht einiges drinnen. Ich sage nur, eine derzeit sehr aktuelle Situation im Wissen, dass das ja noch nicht zu Ende diskutiert ist. Aber wenn man das aktuelle Regierungsprogramm durchliest, steht drinnen, dass die Notstandshilfe fallen soll und durch etwas anderes ersetzt werden soll, nämlich durch die bedarfsorientierte Mindestsicherung. Ich gehe jetzt gar nicht auf die soziale Problematik ein, obwohl das eigentlich aufgrund meiner politischen Herkunft als Gewerkschafter und Arbeiter-Kämmerer ja durchaus eine ganz gravierende Sache darstellt. Noch einmal zum Nachdenken und zum Wiederholen. Wie sieht es derzeit aus? Das Arbeitslosengeld ist eine Versicherungsleistung, die vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleich einbezahlt wird und die man für einen bestimmten Zeitraum erhält. Die Notstandshilfe ist ebenfalls eine Versicherungsleistung, wo aber dann doch durch Bundesbudgetmittel geholfen wird und wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, war das 1,3 Mrd. €, die letzte Zeitspanne und die bedarfsorientierte Mindestsicherung und da beginnt das Vogerl des Föderalismus zu zwitschern, das rennt ein wenig anders. Weil da verabschiedet sich der Bund bis jetzt aus seiner Verantwortung und sagt, flapsig gesprochen, 40 % Kommunen und 60 % Land. Diese Frage wird natürlich auch, falls sich das so entwickeln sollte, wie es die Bundesregierung möchte, und ich wiederhole nochmals, Details werden noch kommen und vielleicht wird das eine oder andere auch geändert, als gelernter Österreicher weiß ich natürlich, jetzt sind Landtagswahlen heuer, ich gehe davon aus, dass wir das dann nach den Landtagswahlen irgendwie mit einem Paukenschlag machen könnten. Ich habe eine Zahl bei meinen Recherchen rausgefunden, nur damit

Sie wissen und wir wissen, wovon wir reden. Im Oktober 2016 hat es in der Steiermark 6.533 Bezieherinnen und Bezieher von der Bedarfsorientierten Mindestsicherung gegeben. Davon waren 3540 sogenannte Aufzahlerinnen und Aufzahler. Das heißt, das Arbeitslosenentgelt war so gering, dass das aufgezahlt wurde auf die Mindestsicherung oder der Notstand war so gering, dass ebenfalls auf die Mindestsicherung aufgezahlt werden musste. Das heißt, über 50 % betrifft diese Aufzahlung. Jetzt weiß ich natürlich, es ist einige Zeit vergangen, möglicherweise haben sich die Zahlen schon geändert. Aber ob sich der Prozentsatz geändert hat, das möchte ich einfach hier im Raum stehen lassen. Ich glaube, die Stadt Graz wäre gut beraten, dass sie im Sozialbereich hier einfach einmal ihre Zahlen genauer aufschlüsselt. Das ist eine harte Arbeit, viel Arbeit und ich weiß, da haben einige Kollegen und Kolleginnen ganz schön geschwitzt, diese Zahlen zu erarbeiten. Die Frage ist einfach, derzeit, wie hoch sind aktuell die Kosten der Bedarfsorientierten Mindestsicherung für die Stadt Graz?

Originaltext der Frage an Stadtrat Hohensinner:

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

die neu amtierende Bundesregierung sieht es u. a. als vordringliches Ziel an, bestehende Sozialeistungen zu kürzen oder abzuschaffen. Als aktuelles Beispiel sei die Kürzung des Arbeitslosenbezugs bzw. die Abschaffung der darauf folgenden Notstandshilfe erwähnt, die in die Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) übergeführt wird. Laut Aussage vom Bundesgeschäftsführer der Volkshilfe, Erich Fenninger („Die Presse“, 08.01.2018), ist damit der „größte Sozialabbau in der Geschichte unseres Sozialstaats“ zu befürchten. Unabhängig von der Fragestellung über soziale Gerechtigkeit und „Treffsicherheit“ solcher Vorhaben sei gesagt, dass die BMS im Grazer Budget aufscheint und jede Änderung sich auf die Budgetzahlen auswirkt (Aufteilungsschlüssel 40 % Stadt Graz – 60 % Land Steiermark). Sollte die „Notstandshilfe neu“ - oder, besser gesagt, die ausgeweitete BMS - wie geplant im

Nationalrat verabschiedet werden, heißt dies konkret auch eine Verschiebung der Finanzierung vom Bund auf das Land Steiermark und die Stadt Graz.

Frage:

Wie hoch sind die Kosten der BMS für die Stadt Graz?

StR. Hohensinner:

Lieber Kurt, bevor ich hier eine konkrete Antwort gebe, möchte ich ganz kurz auf den Motivenbericht eingehen. Du hast jetzt in der freien Rede den Motivenbericht widergegeben. In schriftlicher Form hast du da schon einige Vorwürfe gemacht in Richtung von Sozialabbau, das möchte ich entschieden zurückweisen. Aus meiner Sicht geht es um soziale Gerechtigkeit. Wir brauchen ein System in Österreich, das Anreiz in Richtung Arbeit und weniger Anreize in Richtung Verharren im Sozialsystem bietet. Ziel ist es, zum einen eine langfristige Absicherung des Sozialsystems, zum anderen brauchen wir mehr Fairness. Ich sehe jetzt im Plan der Regierung ein ambitioniertes Ziel; wie du auch beschrieben hast, gibt es schon Zielsetzungen, aber noch überhaupt keinen konkreten Plan. Deswegen bin ich schon einigermaßen verwundert, dass du hier aus meiner Sicht schon etwas Angstmache betreibst, zumindest im schriftlichen Motivenbericht. Jetzt hat sich das ein wenig anders angehört, aber ich möchte deine Frage auch beantworten.

Die Kosten für die Mindestsicherung lagen im Jahr 2017 bei 40.096.827,48 €, wovon der Landesanteil, nämlich 60 %, rund 24 Mio. € ausgemacht hat. Das heißt, die reinen Kosten für die Stadt Graz, 40 %, belaufen sich auf rund 16 Mio. €. Damit du einen Anhaltspunkt hast, wir haben schon eine Schlussrechnung. Wir werden auch unter dem Budgetpfad bleiben. Das heißt, wir haben erstmals keine Nachbedeckung des Sozialbudgets vor.

Luttenberger:

Danke, für die Antwort. Das ist eben genau der Punkt, lieber Kurt, du sprichst von Fairness und sozialer Gerechtigkeit und ich persönlich, aber auch viele, höchstwahrscheinlich auch hier im Saal, halten das für einen sozialen Kahlschlag und eigentlich für sehr ungerecht. Die Arbeitsplätze müssen auch geschaffen werden, damit alle die, die diese Plätze benötigen, auch in Arbeit kommen können mit Gehältern und Löhnen, die sie sich leisten können. Die Zusatzfrage wäre, oder die Bitte wäre, dass man die bedarfsorientierte Mindestsicherung in Graz vielleicht noch einmal aufschlüsselt, wie hoch ist der Anteil der Aufzahlerinnen und Aufzahler, die Arbeitslosenunterstützung in Graz haben und wie hoch ist der Anteil der Grazerinnen und Grazer, die NotstandshilfebezieherInnen sind. Damit man das sozusagen auch plastisch darstellen kann.

Hohensinner:

Ich möchte noch ergänzen, ich freue mich als Sozialstadtrat, dass wir eine Rekordbeschäftigung haben. Wir haben eine Rekordbeschäftigung auch dank der guten Konjunktur. Natürlich hilft das jemandem nicht weiter, der arbeitslos ist, da schauen wir, dass wir auch hier Anreize schaffen. Wie du weißt, Kurt, habe ich mich auch bemüht, das Projekt 50 + zu unterstützen. Es soll aber nicht das einzige Projekt sein. Ich denke, es ist wichtig, die Leute langfristig am Arbeitsmarkt unterzubringen. Zu deiner Bitte, dass wir noch einmal genau aufschlüsseln, das machen wir gerne. Ich weiß aber, worauf du abzielst, nämlich, dass wenn die Notstandshilfe wegfällt, das dann in Richtung Mindestsicherung geht und dass sich dann eine Mehrbelastung für die Gemeinden auftut. Ich glaube, dass wir abwarten müssen, was jetzt wirklich der Plan der Bundesregierung ist. Weil wie du weißt, ist die Stoßrichtung, dass auch das Arbeitslosengeld ausgedehnt wird, dass hier mehr Anreize in Richtung Arbeit geschaffen werden und auf der anderen Seite weißt du ganz genau, dass die Bundesregierung auch darüber diskutiert, die Mindestsicherung in die Verantwortung des Bundes zu übertragen. Wenn nach dem Diskussionsprozess, wenn wir eben den

eigentlichen Plan dann vorliegen haben, es wirklich zu Mehrbelastungen für die Stadt Graz kommen sollte, weißt du auch sehr gut, dass ich der Erste bin, der nach Wien fährt, Diskussionen aufnimmt und dass ich mich vehement einsetzen werde, dass wir nicht mehr zahlen müssen. Wir müssen Ziele verfolgen.

Erstens muss das System sozial bleiben bzw. noch ausgebaut werden. Ich denke, da haben wir zwei Zugänge, verschiedene Zugänge. Ich denke, das Verharren im Sozialsystem ist nicht zielführend. Und zum anderen müssen wir schauen, dass wir keine Mehrbelastung für die Stadt Graz aufgehalst bekommen.

**3.6 Frage 6: sog. Aslan-Studie – wirkungsvolle Gegenmaßnahmen in Ihrem Wirkungsbereich
(GR.ⁱⁿ Claudia Schönbacher, FPÖ an StR.ⁱⁿ Tina Wirnsberger, Grüne)**

Schönbacher: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Gäste. Ich bin in Sorge, und mit mir sind sehr viele Frauen und Männer in Sorge. Der Grund dieser Sorge ist eben die Veröffentlichung dieser Studie. Hier geht es um religiöse und ethische Orientierungen von muslimischen Flüchtlingen in Graz. Sehr viele Bereiche aus dieser Studie geben Anlass zur Sorge und einige dieser Bereiche betreffen auch Ihren Wirkungsbereich, und zwar das Frauenbild. Dieses Frauenbild ist meiner Meinung nach steinzeitlich und jetzt haben Frauen bei uns so viele Jahrzehnte für Frauenrechte gekämpft und es ist wichtig, diese Frauenrechte nicht kampflos aufzugeben, sondern weiter zu kämpfen und nicht Rückschritte zu machen. Wir wissen, dass sehr viele junge Männer zu uns gekommen sind, und zwar der Hauptteil sind junge Männer. Jetzt ist natürlich die Befürchtung, dass die Entwicklung unseres Frauenbildes in die falsche Richtung geht und das darf auf keinen Fall in die falsche Richtung gehen und deswegen ist mir dieses Anliegen auch sehr wichtig. Jetzt vermute ich natürlich auf Grund Ihrer Wortmeldungen und Antworten, die ich bisher erhalten habe, dass Sie das ein wenig relativieren werden, weil es auch bei uns angeblich Männer gibt, die solche Verhaltensweisen haben aus der österreichischen Gesellschaft. Ich verstehe das aus Ihrer Richtung auch, weil ich weiß, dass Sie das in

den eigenen Reihen zum Teil toleriert haben, aber ich hoffe, dass Sie es persönlich nicht tun und wir hier heute auch weiter kommen. Wesentlich und wichtig ist wirklich, dass dieses Thema schnell aufgegriffen wird, denn es ist wichtig für unsere Gesellschaft. Es ist wichtig für uns Frauen und auch für unser Kinder und Töchter. Meiner Meinung nach muss man sehr zeitnahe Maßnahmen entwickeln und die Vorgehensweise sollte sehr konsequent sein. Nur dann haben wir eine Chance, dass diese Entwicklungen auch nicht in die falsche Richtung gehen. Daher stelle ich, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage:

Welche Maßnahmen sehen Sie im Ihnen zugewiesenen Aufgabenbereich, die dazu geeignet sind, den in gegenständlicher Studie offenbar gewordenen frauenfeindlichen Ansichten der untersuchten Bezugsgruppe wirksam entgegenzutreten?

Originaltext der Frage an StR.ⁱⁿ Wirnsberger:

Sehr geehrter Frau Stadträtin! Die vor wenigen Tagen medial veröffentlichte Studie „Religiöse und ethische Orientierungen von muslimischen Flüchtlingen in Graz“ gibt in allen wesentlichen Bereichen berechtigten Anlass zur Sorge. Ein wesentlicher Teilbereich aber betrifft ein Themenfeld, das im eigenen Wirkungsbereich Ihrer Zuständigkeit entspricht. So darf wohl zu Recht behauptet werden, dass das Frauenbild in der von der Studie umfassten Bezugsgruppe, euphemistisch formuliert, als zumindest steinzeitlich zu bezeichnen ist. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass gerade junge Männer einen Hauptteil dieser Gruppe ausmachen, sind von dieser Geisteshaltung durchaus zukünftige Entwicklungen zu befürchten, die für die Frauen in unserer Gesellschaft als gefährlich einzustufen sind.

Nun werden Sie gewiss – die bisherigen Wortmeldungen Ihrerseits berechtigen jedenfalls zu der Annahme – relativierend auch auf angeblich ähnliche

Verhaltensweisen von Männern der österreichischen Gesellschaft hinweisen. Das erscheint durch die jüngere Geschichte Ihrer Partei auch als nur zu verständlich. Kehrt doch dieser Tage ein wesentlicher Proponent dieses Themas zwar nunmehr als Parteichef einer eigenen Liste – letztendlich aber Ihren Reihen entstammend – auf die politische Bühne zurück. Wesentlich ist aber, dass dieses Thema von ungeheurer Wichtigkeit ist und im Interesse unserer Gesellschaft, im Interesse aller Frauen und im Interesse unserer Töchter ernst genommen werden muss.

*Da nur eine konsequente und zeitgerechte Vorgehensweise eventuell die Chancen in sich birgt, diese Geisteshaltungen und die damit in Verbindung stehenden Entwicklungen in unserer Gesellschaft aufzubrechen, richte ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende Anfrage
gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:*

Welche Maßnahmen sehen Sie im Ihnen zugewiesenen Aufgabenbereich, die dazu geeignet sind, den in gegenständlicher Studie offenbar gewordenen frauenfeindlichen Ansichten der untersuchten Bezugsgruppe wirksam entgegenzutreten?

StR.ⁱⁿ Wirnsberger:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Sexismus, sexualisierte Gewalt ist nie und nirgendwo tolerierbar und nicht zu akzeptieren. Wir haben einen demensprechenden Antrag ja auch schon hier im Gemeinderat gestellt um dieses Thema in dieser Ernsthaftigkeit, die es verdient, auch hier hereinzubringen und da eine gemeinsame Haltung des Gemeinderates zu bekommen, war leider zu dem Zeitpunkt nicht möglich, dass wir da eine klare gemeinsame Botschaft gesendet haben. Ich werde mich diesem Thema, das da jetzt anhand der Studie aufgetreten ist, genauso widmen, wie es da auch notwendig ist in dieser Sache, nämlich sachlich,

ernsthaft, seriös und intensiv und ich habe auch aufgrund dessen gleich am Tag nach der Veröffentlichung der Studie mit dem Integrationsstadtrat Kurt Hohensinner gesprochen und wir haben einen Termin vereinbart und wir werden uns jetzt Anfang Februar einmal zusammensetzen und da gemeinsam drauf schauen und miteinander schauen, welche Maßnahmen da möglicherweise verstärkt entwickelt, oder was auch immer, werden müssen.

Schönbacher:

Es freut mich, dass daran gearbeitet wird, weil die Gleichstellung der Frau ist wirklich ein sehr wichtiges Thema und auch Gewalt gegen Frauen. Das können wir einfach nicht zulassen und es ist schon wichtig, dass hier wirklich klar gemacht wird, dass unsere moderne Gesellschaft nicht bedeutet, dass hier ein Sitten- oder Werteverfall stattfindet, sondern dass das sehr hart erkämpfte Rechte sind, die für uns alle sehr wichtig sind. Wenn man davon ausgeht, dass 40 % von diesen Befragten denken, dass Frauen nicht allein zu Veranstaltungen gehen dürfen, das ist eigentlich schon ein Wahnsinn, denn das ist für uns ja selbstverständlich. Daher auch meine Frage, können Sie mir einen zeitnahen Zeitpunkt nennen, bis wann Sie ihre Maßnahmen entwickelt haben werden und diese uns dann präsentieren werden?

Wirnsberger:

Ich möchte hier nicht das falsche Bild entstehen lassen, dass in dem Bereich noch nichts passiert wäre, oder das ich nichts tun würde. Wir haben in Graz sehr viele Einrichtungen, die sich allen Frauen widmen und in diesem Bereich, nämlich auch die Emanzipation der Frauen, unterstützen. Ich habe im letzten Jahr, und das ist auch ein Schwerpunkt in meiner Arbeit, Kürzungen bei Einrichtungen saniert, die unter anderem Rechtsberatung anbieten oder eben mit Frauen Sprachtrainings machen, denn ganz wichtig ist, auch einen Zugang zu den unterschiedlichsten Zielgruppen hier zu haben. Was ich aber schon überraschend neue Töne hier finde, dass häusliche

Gewalt aus eurer Sicht nie zu akzeptieren ist, das freut mich natürlich, dieses ganz klare Bekenntnis dazu.

*Zwischenruf GR. Mag. **Sippel**: Das war auch nie zu akzeptieren!*

*Zwischenruf GR. **Mogel**: Blödsinn, kompletter Unfug!*

Wirnsberger: Ich habe es ja schon einmal hier im Gemeinderat gesagt, da gab es durchaus von der FPÖ andere Töne, wenn man z.B. versucht, Frauenhäusern die Gelder zu kürzen usw. Hier braucht es einfach Anstrengungen, gerade jene zu unterstützen und das tue ich in meiner Arbeit regelmäßig, die da den Frauen die Möglichkeit bieten, sich zu emanzipieren. Wie gesagt, Anfang Februar habe ich den Termin mit Kurt Hohensinner und dann werden wir die weiteren Schritte besprechen und selbstverständlich auch weiter darüber informieren.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (13.10 Uhr).

3.7 Frage 7: Auflage / Entwurf Räumliches Leitbild (GR. Karl Dreisiebner, Grüne an Bgm. Mag. Siegfried Nagl, ÖVP)

GR. Dreisiebner:

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen. Jetzt könnte ich eigentlich sagen, wenn ich am Dienstag eine Frage abgebe, dann ist es am Mittwoch im Stadtplanungsausschuss schon erledigt. Ich freue mich, dass das so reibungslos läuft und nutze die Gelegenheit trotzdem, damit auch Sie alle, liebe

Kolleginnen und Kollegen und die Damen und Herren auf der Galerie, erfahren, wie es denn weitergeht mit dem Räumlichen Leitbild. Da der Flächenwidmungsplan 4.0 im Mai letzten Jahres hier vom hohen Gemeinderat beschlossen wurde mit großer Mehrheit und die Frist für die Aufsichtsbehörde, Land Steiermark, etwa ein halbes Jahr beläuft, habe ich mir gedacht, dass die Frist bald endet und in diesem Sinne wollte ich entlang des damaligen Beschlusses an Sie, sehr geehrte Herr Bürgermeister, diese Frage richten und ich stelle sie auch. Bis wann werden Sie als zuständiger Stadtsenatsreferent dem Gemeinderat ein Fachstück betreffend die öffentliche Auflage eines Entwurfs für das Räumliche Leitbild vorlegen und damit den Beteiligungsprozess für die Grazerinnen und Grazer starten?

Originaltext der Frage an Herrn Bürgermeister Nagl:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Bis wann werden Sie als zuständiger Stadtplanungsreferent dem Gemeinderat ein Fachstück betreffend der öffentlichen Auflage eines Entwurfs des Räumlichen Leitbildes vorlegen und damit den Beteiligungsprozess für die Grazerinnen und Grazer starten?

Bgm. Mag. Nagl:

Am 8. Februar werden wir nach der Auflage, die wir ja gemacht haben, das räumliche Leitbild, so hoffe ich, im Grazer Gemeinderat beschließen.

Dreisiebner:

Weil wir gerade dabei sind, am Wochenende war z.B. wieder ein Bericht, dass im Bereich Lustbühel eine Villa geschleift wurde und weitere von der Schleifung bedroht

sind. Das räumliche Leitbild soll ja auch mit einer Bausperre einhergehen. Was nicht heißt, dass andere neue, moderne Villenbauten dort hinkommen könnten und Ähnliches passiert. Aber es heißt, dass etwas nicht gebaut werden kann, das dem Entwurf des Räumlichen Leitbildes widerspricht bis es einen Beschluss gibt. Das nennt man dann Bausperre und dahingehend, Herr Bürgermeister, meine Nachfrage: Werden Sie auch eine Bausperreverordnung in Bezug auf das Räumliche Leitbild im Entwurf 1.0 erlassen?

Nagl: Ich glaube, es ist ganz wichtig, auch jetzt schon wieder darauf aufmerksam zu machen, dass das Räumliche Leitbild nicht das Allheilmittel sein wird und dass nicht jedes Gebäude, das jemandem gefällt, auch durch das neue räumliche Leitbild dann künftig nicht mehr abgerissen wird. Ich glaube, das ist ganz wichtig und das möchte ich hier noch einmal betonen. Wenn wir dieses Räumliche Leitbild beschließen, wenn wir die Bebauungspläne, die wir zum Teil ja auch zurückgenommen haben und auch beim Flächenwidmungsplan gesagt haben, dieses Räumliche Leitbild soll kommen, jetzt auch in der Auflagefrist, ich glaube am 25. Februar endet diese, und wir sind ja sehr bemüht, mit dem Land Steiermark auch zu einer Rechtskräftigkeit letzten Endes zu kommen, haben wir das jetzt auch zeitgerecht einzubringen, das Thema der Bausperre werden wir auch am 8. Februar besprechen. Ich hoffe, dass wir es schaffen, weil es warten schon sehr viele Menschen darauf, dass dieser Flächenwidmungsplan endlich in Rechtskraft da sein wird. Mit diesem Räumlichen Leitbild haben wir dann auch die Chance, nicht nur mit Bebauungsplänen zu arbeiten, die haben wir verstärkt, sondern dann wissen auch die Planerinnen und Planer, die Architektinnen und Architekten künftig, wie sie in den einzelnen Gebieten vorzugehen haben. Wir werden trotzdem leider das eine oder andere Gebäude, das jemandem gefällt, aber das nicht unter Denkmalschutz ist, verlieren.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (13.13 Uhr)

**3.8 Frage 8: Tarifierhöhung Verkehrsverbund
(GR. Mag. Gerald Haßler, SPÖ an StR. Dr. Riegler, ÖVP)**

GR. Haßler:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen. Sehr geehrte Zuhörer, sehr geehrte Zuhörerinnen auf der Galerie. Wenn die Kollegin Schönbacher vor kurzem da gesagt hat, dass sie in Sorge ist, dann muss ich sagen, dass ich enttäuscht bin, um nicht zu sagen, schwer enttäuscht bin, und ich vermute, mit mir auch viele Kolleginnen und Kollegen hier im Gemeinderat. Seit Jahren diskutieren wir hier im Gemeinderatssaal mit einer Regelmäßigkeit von mindestens einmal im Jahr, wenn die Gebühren für den öffentlichen Verkehr angehoben werden sollen und über die Jahre hinweg hat vor allem der Kollege Eber von der KPÖ, ich glaube, einen jährlichen Antrag, vielleicht kommt er heuer auch wieder, immer wieder gefordert, wenn wir schon Erhöhungen machen, dann gehen wir doch endlich ab von der gewissen Automatik, dass die Erhöhung dann nicht mehr mit dem Verbraucherpreisindex gemacht wird, sondern mit dem 1,75-fachen vom Verbraucherpreisindex, weil das ist gerade, wenn man die Gebührenerhöhung in der Stadt Graz sonst betrachtet, eher eine außergewöhnlich hohe Erhöhung im Vergleich zu anderen Erhöhungen, die wir eigentlich fast durchgehend mit dem Verbraucherpreisindex beschränken. Ehrlich gesagt, wenn der Kollege Topf da von sauberer Luft spricht, wo ich ihm nur beipflichten kann, dass hier dringend eine Maßnahme gesetzt werden muss, könnte man auch diskutieren, ob man nicht ein paar Jahre überhaupt auf eine Erhöhung in diesem Bereich verzichtet, weil es einfach ein schlechtes Signal ist, wenn man beim öffentlichen Verkehr generell Erhöhungen macht. Auch das wäre diskutierenswert.

Nur wenn immer da beteuert wird, dass sich die Grazer Vertreter im Verkehrsverbund eh dafür einsetzen, dass das verändert wird und dass es nach unten geht und alles versucht wurde und leider kann man nicht und dass sich eh etwas ändern wird usw. Und man liest dann am Sonntag in einer Tageszeitung, ich habe den Artikel hier mit, dass es ein Angebot gegeben hätte, jetzt endlich

die Chance zu bekommen, die Erhöhung niedriger anzusetzen und dann steht dort zu lesen, das ist am Veto der Stadt Graz gescheitert und der Herr Finanzstadtrat erklärt hat, ja das stimmt so. Offensichtlich ist es auch von ihm ausgegangen. Deshalb darf ich, vielleicht können Sie meine Enttäuschung mildern, wenn Sie mir erklären, warum Sie das gemacht haben, glaube ich aber nicht. Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion die Frage:

Wie ist es zu verstehen, dass seitens der Stadt Graz nunmehr darauf bestanden wurde, auch heuer die Tarife im Verkehrsverbund um bis zum 1,75-fachen des Verbraucherpreisindex zu erhöhen, obwohl es Vorschläge gegeben hatte, diesen Index niedriger anzusetzen und damit die Preiserhöhungen für die Öffis moderater ausfallen zu lassen?

Originaltext der Frage an StR. Riegler:

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich folgende

Frage:

Wie ist es zu verstehen, dass seitens der Stadt Graz nunmehr darauf bestanden wurde, auch heuer die Tarife im Verkehrsverbund um bis zum 1,75-fachen des Verbraucherpreisindex zu erhöhen, obwohl es Vorschläge gegeben hatte, diesen Index niedriger anzusetzen und damit die Preiserhöhungen für die Öffis moderater ausfallen zu lassen?

StR. Dr. Riegler:

Lieber Herr Haßler. Sie haben später noch vor, einen „Eislauf-Dringlichen“ zu stellen. Sie befinden sich aber bereits jetzt auf dem Glatteis. Denn da gibt es einige

Feinheiten, die zu bedenken sind.

Erstens ist es so, dass technisch gesehen wir hier von einem Vertrag des Verkehrsverbundes mit den Beförderungsunternehmen sprechen und daher genau genommen es nicht so sehr eine Sache ist, dass wir sagen, wir wollen diesen Vertrag nicht mehr, sondern es ist lediglich in diesem Vertrag den Verkehrsunternehmen die Möglichkeit eingeräumt, die Preise um bis zu 1,75-fache der Inflationsrate zu erhöhen. Was erstens nicht heißt, dass diese das auch tatsächlich tun werden und zweitens, wenn sie es nicht tun werden, weil wir es ihnen verbieten würden, dann würden sie eben sagen, ja wenn wir schon einen Verlust machen, dann muss der eben von der öffentlichen Hand abgedeckt werden. Daher ist es sozusagen eine Mehrparteienvereinbarung, die zu kündigen wäre, die aber von niemandem bisher gekündigt ist. Das heißt, der Vertrag ist nach wie vor aufrecht und wir haben ihn auch nicht gekündigt, weil wir laut unseren Modelrechnungen relativ schön nachweisen können, dass für uns, die wir ganz wesentliche Gesellschafter eines solchen Providers, eines Dienstleisters sind, nämlich der Holding Graz, das für uns allein zu einer Schuldenerhöhung von fast 40 Mio. € führen würde, wenn wir aus eigenem Antrieb heraus zu den Verkehrsunternehmen sagen würden, ihr dürft die Preise nicht mehr in dem Ausmaß erhöhen, wie ihr gerne möchtet. Insofern wäre das, was Sie vorschlagen, schlicht und ergreifend einhergehend mit einer Erhöhung der Schuldenlast und somit mit einer Minderung der Leistungen für die Grazerinnen und Grazer.

GR. Haßler: Wer sich jetzt da auf dem Glatteis befindet, kann ich noch immer nicht sagen. Ich habe nur herausgehört viele Wort, nur keine Antwort. Ob Sie jetzt hier das Veto eingelegt haben oder nicht, haben Sie nicht dezidiert gesagt, aber ich nehme an, der Journalist hat gut recherchiert, den kenne ich und da gehe ich davon aus, es wird schon so gewesen sein. Dass das Angebot da war und Sie sagen richtig, wir haben viele Wünsche, wir brauchen das Geld. Ich bin ja selbst auch Finanzsprecher meiner Fraktion allerdings glaube ich, dass es genügend Potential in dieser Stadt gibt, wo

man besser sparen könnte und ansetzen könnte, als gerade die Preise beim ÖV zu erhöhen. Deshalb darf ich auch ganz gerne, bevor ich einen Ordnungsruf bekomme, meine Zusatzfrage an Sie stellen: Wie wollen Sie den Grazerinnen und Grazern erklären, dass einerseits die Tarife für den ÖV deutlich über dem Verbraucherpreisindex angehoben werden sollen, weil das Geld angeblich, wie Sie richtig gesagt haben, dringend benötigt wird auch für vielerlei Projekte, wenn auf der anderen Seite die Stadt und ihre Unternehmen offensichtlich über so viel überschüssiges Geld verfügen, dass man es sich leisten kann, jährlich deutlich mehr als 10 Mio. Euro nur für Werbung und Hochglanzprodukte auszugeben. Da rede ich nicht einmal von den Personalkosten, da rede ich nur von den Sachkosten. Wenn Sie mir nicht glauben, ich habe die Zahlen für die Gesellschaften da. Da allein sind es 7,7 Mio. Euro und die Stadt wird auch ein wenig ausgeben. Ich glaube, wir hätten Potential und ich bin schon gespannt auf Ihre Antwort.

Riegler:

Was Ihre Zusatzfrage betrifft, die ja in Wahrheit keine Frage ist und Sie scheinen es ja gar nicht hören zu wollen, Sie laufen ja schon davon. Wenn Sie tatsächlich eine Zusatzfrage ernsthaft hätten, dann könnten Sie bitte auch gleich mitwirken und den BürgerInnen und Bürgern gleich mitteilen, dass wir erstens eine stark verbilligte Jahreskarte haben, die immerhin zum Preis einer Halbjahreskarte zu haben ist, dass die Grazerinnen und Grazer ein modernes Straßenbahnnetz haben mit 90 neuen Variobahnen, dass die Grazerinnen und Grazer einen Takt haben, der bei der Linie 7 alle 5 Minuten taktet. Das heißt, dass die Grazerinnen und Grazer ein außerordentlich leistungsfähiges öffentliches Verkehrssystem für ihr Geld bekommen, das im Übrigen aus dem Budget mit 40 Mio. Euro pro Jahr zu bezuschussen ist.

*Zwischenruf GR. **Haßler:** Das war jetzt aber keine Antwort auf meine Frage, aber bitte.*

**3.9 Frage 9: Neue Verkehrsinseln gefährden Blaulichtfahrten
(GR. Mag. (FH) Kurt Egger, ÖVP an StR.ⁱⁿ Elke Kahr, KPÖ)**

GR. Egger:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Sehr geehrte Zuhörerinnen, sehr geehrte Zuhörer. Sehr geehrte Frau Stadträtin. Ich bin in den letzten Wochen sehr verwundert gewesen, dass man unserer Fraktion eigentlich immer zuschreibt, dass uns die Umwelt in dieser Stadt, in der wir selber leben, in der unsere Kinder leben, ziemlich egal ist. Das, was als Feind auserkoren wurde, ist der Verkehr, der motorisierte Individualverkehr. Und jetzt ist man dran, dem möglichst das Leben schwer zu machen. Manchmal, wenn man durch die Stadt fährt, kommt es einem vor, als ob man auf einem 3000 Meter-Hindernislauf unterwegs ist. Nicht ganz, denn Wassergraben habe ich noch keinen gefunden. Aber es wird versucht, durch Rückbauten möglichst den Verkehr zum Stauen zu bringen. Jetzt mag das Ihr Ziel schon erreichen, aber in dem Zusammenhang gefährdet man natürlich auch andere Verkehrsteilnehmer, die vielleicht bei Einsatzfahrten wie in dem Fall dadurch behindert werden, dass es keine Ausweichmöglichkeiten gibt. Sehr geehrte Frau Stadträtin, wie gehen Sie damit um, dass wenn man nicht richtig ausweichen kann, dass man dadurch Einsatzfahrten behindert und wie haben Sie vor, hier in diesem Zusammenhang in Zukunft vorzugehen?

Originaltext der Frage an Stadträtin Kahr:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

An zahlreichen Kreuzungen im Stadtgebiet wachsen kleine Verkehrsinseln, wie z.B. auf dem Andreas-Hofer-Platz, aus dem Boden. Diese sollen für mehr Verkehrssicherheit sorgen – so Ihre Argumentation.

Tatsache ist, dass diese Verkehrsinseln – ungeachtet der Ursache für Staus und Verzögerungen im Stadtverkehr – jedenfalls ein Hindernis für Fahrzeuge der

Einsatzorganisationen darstellen, wenn sie sich auf einer Blaulichtfahrt befinden. Auch wenn sich die Fahrer an die strengen Vorschriften bei solchen Einsatzfahrten zu halten haben, bedeutet doch jeder Zentimeter mehr Platz im Straßenraum für sie ein sichereres und schnelleres Vorankommen – ganz abgesehen von der zusätzlichen Unfallgefahr, die von diesen Verkehrsinseln ausgeht.

Die Grazer Berufsfeuerwehr mag zwar ob der technischen Beschaffenheit der Fahrzeuge noch am wenigsten davon betroffen sein, umso mehr gilt dies für die Polizei- und Rettungsfahrzeuge.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin Elke Kahr, folgende

Frage:

„Wie können Sie es verantworten, dass die von Ihnen in letzter Zeit angeordneten Verkehrsinseln die Fahrer der Einsatzorganisationen bei Blaulichtfahrten behindern und dadurch auch die weiteren Insassen bzw. Patienten gefährden?“

StR.ⁱⁿ Kahr:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, danke für Ihre Anfrage. Ich werde eine Kurzversion machen und im Übrigen möchte ich nur anmerken, dass Sie von mir persönlich sicherlich nie gehört haben werden, dass ich gesagt habe, dass der ÖVP die Umwelt egal ist, das nur zur Vorbemerkung. Denn diese Vermischung war für mich befremdlich. Sehr wohl ist richtig, wie Sie es in Ihrem Motiventext auch angeführt haben, dass Verkehrsinseln der Sicherheit von Fußgängerinnen und Fußgänger dienen. Ich führe jetzt nicht im Detail an, welche Maßnahmen und warum das so ist, das gebe ich Ihnen schriftlich mit, aber es ist auf jeden Fall zur Sicherheit für Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen und unseren Kleinsten. Die profitieren gerade von solchen Maßnahmen. Es ist nicht etwas, was die Frau Stadträtin oder der Herr Stadtrat zuvor gemacht hat, weil es ist ja nicht das erste Mal,

dass solche Verkehrsinseln in unserer Stadt errichtet werden, sondern diese baulichen Maßnahmen werden umgesetzt durch eine Arbeitsgruppe, die sich Verkehrssicherheit nennt und in der sehr wohl die Exekutive, sprich Polizei, vertreten ist. Auf jeden Fall ist ein straßenpolizeiliches Verfahren immer abzuwickeln und auch dort ist die Polizei vertreten. Das heißt, die Sicht der Einsatzorganisationen wird in der Planung immer berücksichtigt. Es ist ganz wichtig. Außerdem sind bei Einsatzfahrten die Lenker und Lenkerinnen von Einsatzfahrzeugen gemäß § 26 Abs. 2 bei ihrer Fahrt nicht an Verkehrsverbote und Verkehrsbeschränkungen gebunden, wie sie wahrscheinlich wissen und es ist daher auch nicht von einer Behinderung von Verkehrsinseln auszugehen. Insbesondere deswegen nicht, weil Lenker und Lenkerinnen von diesen Einsatzfahrzeugen ihre Stadt, und davon ist auszugehen, gut kennen und im Einzelfall auch damit umzugehen wissen.

Egger:

Ich stelle mir das relativ schwierig vor, auf eine Verkehrsinsel, die betonierte, höhergestellt ist, mit einem Rettungsfahrzeug oder Polizeifahrzeug raufzufahren, aber sei es drum. Sie verstecken sich mehr oder weniger immer hinter der Verkehrssicherheit. Können Sie sich auch Fälle vorstellen, wo Sie als Politikerin Ihrer Verantwortung nachkommen und politische Entscheidungen treffen, oder gehen wir in eine Richtung, dass immer alles mit Verkehrssicherheit argumentiert wird.

Kahr:

Als verantwortungsvolle Politikerin muss ich die Sicherheit der Fußgänger und Fußgängerinnen im Auge haben und sofern ist das auch ein politisches Statement von mir. Selbstverständlich und deshalb stehe ich auch hinter den Entscheidungen als Politikerin hinter den Vorschlägen der Verkehrssicherheitsgruppe.

Ende der Fragestunde um 13.25 Uhr.